

Leipziger Tageblatt

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Freitag den 24. August 1894.

Anzeigen-Preis

die 6spaltige Petitzeile 20 Hg. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4spaltig) 50-4, bei den Familienanzeigen (6spaltig) 40-4.

Extra-Beilagen (gratis), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Nachlieferung 4 Hg., mit Nachlieferung 4 Hg.-.

Annahmefrist für Anzeigen

Morgen-Ausgabe: Sonntags 10 Uhr, Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr, Sonn- und Festtage früh 7 1/2 Uhr.

Druck und Verlag von E. Pöhl in Leipzig

88. Jahrgang

Bezugs-Preis

In der Hauptredaktion oder bei den in Leipzig und den Provinzen errichteten Expeditionen abgeholt: Vierteljährlich 4.50, halbjährlich 8.50, jährlich 16.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich 1/2 Uhr, die Abend-Ausgabe Donnerstags 6 Uhr.

Redaction und Expedition:

Johannisstraße 8. Die Expedition in Hochpariser Ausstattung gedruckt von Joh. G. Neubeck 7 Hg.

Filialen:

Das Stamm-Büro: (Alfred Gode) Hauptstr. 1. Carl Gode, Hauptstr. 14, part. und Reichstr. 7.

Nr. 431.

Bestellungen auf Reiseabonnements

nimmt entgegen und führt für jede beständige Zeitdauer aus die Expedition des Leipziger Tageblattes, Johannisstraße 8.

Amtliche Bekanntmachungen.

Pollverkehr während der Messsonntage.

Am den ersten beiden Sonntagen der Messe, am 23. August und am 2. September, wird der Pollverkehr des inneren Stadtgebietes von Leipzig, wie folgt, verboten:

1) Freitag, den 24. August, wird in den zum Stadtgebiet der Reichlichen Postämter I und II (am Hauptbahnhof) gehörenden Stadtteilen die Befahrung der gewöhnlichen Straßen durch die Straßenbahnwagen während der Messsonntage verboten.

2) Samstag, den 25. August, wird die Befahrung der Reichlichen Postämter I und II (am Hauptbahnhof) während der Messsonntage verboten.

3) Sonntag, den 26. August, wird die Befahrung der Reichlichen Postämter I und II (am Hauptbahnhof) während der Messsonntage verboten.

4) Montag, den 27. August, wird die Befahrung der Reichlichen Postämter I und II (am Hauptbahnhof) während der Messsonntage verboten.

5) Dienstag, den 28. August, wird die Befahrung der Reichlichen Postämter I und II (am Hauptbahnhof) während der Messsonntage verboten.

6) Mittwoch, den 29. August, wird die Befahrung der Reichlichen Postämter I und II (am Hauptbahnhof) während der Messsonntage verboten.

7) Donnerstag, den 30. August, wird die Befahrung der Reichlichen Postämter I und II (am Hauptbahnhof) während der Messsonntage verboten.

8) Freitag, den 31. August, wird die Befahrung der Reichlichen Postämter I und II (am Hauptbahnhof) während der Messsonntage verboten.

9) Samstag, den 1. September, wird die Befahrung der Reichlichen Postämter I und II (am Hauptbahnhof) während der Messsonntage verboten.

10) Sonntag, den 2. September, wird die Befahrung der Reichlichen Postämter I und II (am Hauptbahnhof) während der Messsonntage verboten.

11) Montag, den 3. September, wird die Befahrung der Reichlichen Postämter I und II (am Hauptbahnhof) während der Messsonntage verboten.

Ministerium in tragbare umgetauscht werden, wenn die oben genannten Voraussetzungen noch ausschließen vorhanden sind. Nicht uninteressant dürfte es daher sein, ein Bild darüber zu entwerfen, inwiefern derartige Auszeichnungen in den deutschen Staaten überhaupt existieren, und zwar liegen sich hierüber folgende Angaben ermitteln: Es besteht in Preußen zwar auch eine staatliche Auszeichnung der Arbeiter für langjährige Dienste an einer und derselben Arbeitsstelle durch den Staat, doch bedingt diese das verhältnismäßig seltene Arbeitsalter von 50 Jahren; es wird daher angestrebt, diese Zeit auf die Dienstdauer von 25-30 Jahren herabzusetzen, wofür auf Anregung aus industriellen Kreisen die Handelskammer in Halberstadt auch bereits in einem Vorschreiben Bericht bei dem Minister für Handel und Gewerbe vorzulegen wurde.

Im Herzogtum Anhalt wird eine Geldprämie von 50 M. gewährt und wird in der Regel eine 40jährige Dienstzeit vorausgesetzt. Im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin wird bei einer mindestens 40jährigen Dienstzeit bei ein und derselben Herrschaft die Verdienstmedaille verliehen. Im Großherzogtum Baden wird unter Voraussetzung einer 30jährigen Dienstzeit die silberne Verdienstmedaille gewährt. Im Herzogtum Meiningen erhalten langjährige treue Arbeiter - ohne bestimmte Zeitdauer - seitens des Staates ein Geldgeschenk von 30 M., bei mindestens 40jähriger Dauer der Arbeitsverhältnisse erfolgt die Verleihung der dem herzoglich-sächsischen Erbprinzen in Preußen verliehenen Verdienstmedaille unter Ausstellung eines Diploms, in dem gleichfalls eine ehrenvolle Anerkennung ausgesprochen wird.

Die Medaille, die während eines Zeitraumes von 11 Monaten im Jahre 1891/92 209 mal bewilligt wurde, wird vom Ministerium des Innern auf Antrag oder mit Zustimmung des Arbeitgeber und auf Vortrag der höheren Verwaltungsbehörde nur an solche Personen verliehen, welche nach Erfüllung 25 Lebensjahre ununterbrochen wenigstens 30 Jahre lang auf der nämlichen Arbeitsstelle oder bei dem nämlichen Arbeitgeber, beziehentlich bei derselben Familie beschäftigt gewesen sind, und zwar erhalten nur Arbeiter die Medaille, während öffentliche und Privatbeamte davon ebenso ausgeschlossen sind, wie Hausindustrielle, die lediglich Ergebnisse ihrer Arbeit an einem Unternehmer abliefern. Größere niedere Beamten werden in Sachsen den Arbeitern gleich gesetzt. In jedem einzelnen Verleihungsfall wird festgestellt, ob die zur Medaille vorgeschlagene Person geistlich oder politisch bestraft worden ist, ob sie ihre staats- und gemeinbürgerlichen Verpflichtungen regelmäßig erfüllt hat und in welchem Maße sie überhaupt feiert, damit diese, die sich eines nach allgemeinen Begriffen regelmäßigen Vergehens, namentlich eines Eigennutzes, schuldig gemacht haben, sowie Trunksucht, Raubvolle, Schwermüder und dergleichen unter allen Umständen ausgeschlossen werden können. Dem Landtage, ob die betreffende Person in Sachsen staatsangehörig ist, oder ob sie nur in Sachsen wohnt, wird eine erhebliche Bedeutung nicht beigemessen. Es kommt deshalb auch vor, daß Arbeiter, die in einem außer-sächsischen Ort wohnen und die sächsische Staatsangehörigkeit nicht besitzen, aber in einer Fabrik auf sächsischem Boden regelmäßige Beschäftigung haben, mit der Medaille dennoch ausgezeichnet werden. Das Bestimmende ist die Arbeit im sächsischen Dienste und das Verdienst um die Arbeit. Ferner wird auch bei den Verleihungen davon ausgegangen, daß bei der Verleihung der zur Auszeichnung aller Arbeiter bestimmten Medaille für Treue in der Arbeit der Werth und die Bedeutung derselben nicht nur bei den Verleihungen, sondern im Allgemeinen beim Publikum möglicherweise eine Einbuße erleiden würde und daß diese Medaille in den Augen der Gesamtheit auf den Rang eines Denkzeichens, welches durch eine große Reihe von Arbeitsjahren erworben oder nach dessen Ablauf beantragt werden könnte, herabsinken würde. Das königlich-sächsische Ministerium des Innern stellt daher auch seit einigen Jahren die fragliche Medaille auf der nämlichen Arbeitsstelle gleichzeitig in kürzeren Zwischenräumen - und zwar auch dann, wenn eine größere Zahl von Personen, welche die Bedingungen der Verleihung erfüllen, vorgeschlagen sind - nur an eine bestimmte, dem Umfang der Arbeiterzahl entsprechende Anzahl, (etwa, wenn die Arbeiterzahl weniger als 100 beträgt, nur einem oder zwei Arbeitern und wenn sie mehr als 100 beträgt, auf je 100 folgende Arbeiter aber nur einem) zu vertheilen und weitere Auszeichnungen an diese auf mindestens ein Jahr auszusparen. Arbeitern, die längere Zeit auf dem nämlichen Orte treu beschäftigt gewesen sind, jedoch aus irgend einem Grunde die Medaille nicht oder noch nicht erhalten konnten, werden unter Umständen von den mittleren oder auch von den unteren Behörden Belohnungsdiplome ausgestellt. Die Gewährung von Geldprämien dagegen bleibt grundsätzlich dem Arbeitgeber überlassen. Die Medaillen gehen in das volle Eigentum des Empfängers über und gehören nach dessen Ableben zu dessen Nachlass. Auf Wunsch der Hinterlassenen läßt sie aber das Ministerium des Innern mit einem dem Verleihungspreise annähernd entsprechenden Betrage, jezt 15 M., aus. Die Verleihungs-urkunde wird dabei nicht zurückverlangt.

Deutsches Reich. I. Leipzig, 23. August. Während die heutigen Choleraerkrankungen sich bisher auf das Reichsgebiet beschränkten, greift die Seuche nunmehr auch auf das Braue- und Regenergebiet über. Die Hüter sind der Zahl nach am höchsten an den Unternehmungen beteiligt, und der Weg, den die Seuche genommen, entspricht der üblichen Jahresfrage der Hüter. Das Hauptgefährliche steht offenbar in unrichtiger Beziehung zur Verbreitung der Seuche. Inwiefern ist zu erwarten, daß den russischen Hütern der Eintritt in das deutsche Gebiet unterlag werden wird. Zur näheren Festhaltung der Verbreitungsweg der Cholera sind 4 Assistenten des Sanitäts für Infektionskrankheiten unter Führung des Stadtsanitätsprofessors Dr. Weiser an die deutsch-russische Grenze entsendet worden. Berlin, 23. August. Die antisemitischen Wüster wenden sich gleich den demokratischen in sehr bewegter Tone gegen den Reich, der allzu jugellose Agitation im Interesse der Staats- und der Rechtsordnung Schranken zu setzen. Sie befürchten, gewisse Spielarten des Antisemitismus würden durch eine freiere Gesetzgebung eingeeignet werden, und wenn man sich die Befürchtungen ihrer Wortführer vergegenwärtigt, so kann man diese Befürchtung nicht für unbegründet halten. Wir sind jedoch nicht sicher, daß nicht selbst ein Ausnahmefall gegen die Socialdemokratie auch die Propaganda, die sich antisemitisch nennt, theilweise in Willemschaft ziehen würde, z. B. wenn Ereignisse, wie die nachstehende, vor längerer Zeit in einem sächsischen antisemitischen Blatt erschienen, in Frage kommt: „Ebenso wie der Kampf gegen die Socialdemokratie ist die Sorge um Thron und Altar ein völlig überflüssiger Ballast, mit dem sich das antisemitische Schloß ein wenig und sehr zu seinem Schaden beschwerte. ... Die Throne mögen sich selber schützen; der Antisemitismus ist nicht dazu da, um wackelnde Throne und Thronen zu stützen. Die Throne und ihre Befürer haben noch niemals ein Volk vom Untergang gerettet, wohl aber umgekehrt. Also mögen verlässliche Hüter, das heißt die Antisemiten unter ihnen, mehr auf ihr eigenes Wohl bedacht sein und das ihnen drohende Verderben abwendend suchen, als daß sie sich mit Sorgen um den Thron befassen, zumal da sie hierfür wenig Verdienste finden. Die Throne lobten ihnen ihre aufopferungsvollen Dienste nicht nur mit Lob und Speck und Verfolgung.“ Das ist eine antisemitische Selbstaufnahme zum Thron. Dem Altar wurde ziemlich gleichgültig in der „Antisemitischen Wüster“ folgender Satz gewidmet: „Es handelt sich um eine neue Begründung der christlichen Lehre, um die

Austragung der Hüter und Wüsterstände einer überwindenen künftigen Weltanschauung. ... Der Verfasser fügte dann hinzu: „Wenn jemand die zehn Gebote heute noch als den Ausdruck der stillosen Weltanschauung gelten läßt, so bezeugt er hiermit eine sehr niedrige Auffassung der stillosen Pflichten unserer Zeit und ihrer Degradation.“ Das eine solche Sprache nicht nur der Socialdemokratie Vorwurf liefert, sondern auch anarchistische Thesen zu zeitigen vermag, bedarf nicht der Auseinandersetzung. C. H. Berlin, 23. August. Die Tagesordnung für den socialdemokratischen Parteitag ist, obgleich etwas mager ausfallen, nicht uninteressant. Zunächst ist es bemerkenswerth, daß in Frankfurt a. M. die bayerischen „Genossen“ erscheinen werden; im vorigen Jahre in Köln glänzten sie bekanntlich durch Abwesenheit. Um den Herren v. Vollmar, Grillenberger und Genossen entgegenzukommen, beschloß bekanntlich der Kölner Parteitag, nach Nürnberg zu gehen. Aber da machte der freisinnige Bürgermeister einen Strich durch die Rechnung; er war der Meinung, daß Frauen in den Versammlungen nicht zu suchen hätten, und die Parteileitung auf die Anwesenheit von Delegirten im Unterrock großes Gewicht legt, so wandte man sich nach der alten Kaiserstadt am Main. Am meisten von der officiell veröffentlichten Tagesordnung wird der Punkt 4: „Die Waise der 1895“ die Gemüther erregen. Für die maßgebenden Berliner Wüster hatte sich die Parteileitung so mächtig im Zeug gelegt, daß man als Consequenz dieses Schrittes die Proclamation der vollständigen Arbeitstube am Weltfeiertage erwarten mußte. Aber das wird nicht geschehen; mit einer angenommenen Resolution wird man sich um diese Frage herumdrücken; wer durch Arbeitstube den Tag begeben kann, ohne wirtschaftlichen Schaden zu erleiden, soll es thun; wer nicht, der soll es bleiben lassen. Daß die Freisinnigen in der Partei mit einer solchen Resolution nicht zufrieden sind, liegt auf der Hand; man wird sich streiten, aber sich auch wieder unterwerfen. Bei dem Conflict zwischen den bayerischen Abgeordneten, der auf dem Parteitage zur Sprache gebracht werden wird, wird letzteres nicht der Fall sein; Herr Engländer liegt heraus und Herr Dr. Witt wird manche bittere Wille schlingen müssen. Ob die Abstimmung der bayerischen Abgeordneten von Vollmar und Grillenberger für den Staat oorum publico verhandelt werden wird, darüber sind die oberen Götter in der Partei wohl selbst noch nicht einig; aber sicherlich wird diese Frage in Frankfurt a. M. angeschnitten werden. In der allernächsten Zeit dürfen bereits die Delegirtenwahlen stattfinden; für Berlin gestaltet sich die Sache wegen der Socialdemokratie etwas möglich; auf alle Fälle aber wird keiner gewählt, der nicht zur Clique gehört und wer nicht den ehemaligen Drucker der antisemitischen „Wahrheit“, Jacob Hammerberg, als Parteibelligen verehrt. Im vorigen Jahre fand bereits eine Protestversammlung gegen die Wahl eines Delegirten statt; aber der „Verdacht“ schlug die Bewegung mit Krutenschlägen nieder. Berlin, 23. August. In vergangener Woche ging durch einen großen Theil der deutschen Presse ein Citat aus M. von Gaidy's Blatte „Verführung“, und zwar aus einem Artikel, der sich mit der Ermordung des Präsidenten Carnot beschäftigt. Dieses Citat war, wie ich aus einer sorgfältigeren Prüfung des Artikels ergeht, nicht ganz correct und hat daher zu falschen Schlüssen auf die Vermählung und Wähl des Verfassers geführt. Schon die Reihenfolge der citirten Sätze ist nicht richtig angegeben; der am Ende des Citates gestellte Satz: „Wir müssen Ziel und Mittel daan von einander trennen; wir müssen den Blut-Anatiker vom Uebel-Anarchisten unterscheiden lernen.“ geht in dem Aufsatze den in dem Citate an die Spitze gestellten Sätzen um mehrere Stellen voraus und ist also nicht weniger als eine Schlußfolgerung aus diesen Sätzen. Sodann ist dieser Satz in dem Citate gerade da abgebrochen, wo die Erklärung dessen beginnt, was der Verfasser unter „Uebel-Anarchist“ verstanden wissen will. Mit dieser sehr unglücklich gewählten Bezeichnung belegt Gaidy nämlich solche Menschen, die aus den ersten Motiven (z. B. auf Grund des Evangeliums) eine Wandlung unserer Zustände anstreben und nur zu ungerne, aber nicht verabschiedungswürdigen Mitteln greifen. Unter „Blut-Anatiker“ dagegen will er solche Menschen verstanden wissen, deren Ziele schon schuldlos in sich schließen und die daher auch vor den schuldlichsten Mitteln nicht zurückweichen. Von Gaidy sagt er später, auch er habe „vielleicht“ geschlachtet, aber gemeint, heilige Güter der Menschheit zu schützen, aber trotzdem sei seine Frevelthat immer zu rechtfertigen. Und daran knüpft sich etwas unermittelte die Mahnung, zu keinem Zwecke den Leben eines Anderen ein gewaltiges Uebel zu bereiten, nicht einmal „mit Gott“ auf dem Schlachtfelde, auch nicht mehr „von Rechts wegen“. Diese Mahnung ist jedenfalls inhaltlich das Bedeutsamste an Gaidy's Ausführungen, denn wohin sollte der Staat gelangen, wenn seine Söhne nicht einmal im Falle der Nothwehr auf dem Schlachtfelde Blut vergießen dürften und wenn selbst dem „Blut-Anatiker“ nicht „von Rechts wegen“ ein gewaltiges Uebel bereitet werden konnte? Der am meisten und am schärfsten getadelte Ausdruck „Uebel-Anarchist“ ist nur eine höchst unglücklich gewählte Bezeichnung für unpraktische theoretische Schwärmer, zu denen auch Herr v. Gaidy schon längst von Vielen gezählt wurde. Eine weitere Bemerkung geht, wie aus dem Vorstehenden sich ergibt, aus dieser unglücklichen und widerspruchsvollen Wortverbindung nicht hervor; am wenigsten ist der Vorwurf berechtigt, Gaidy rechne zu den „Uebel-Anarchisten“ auch Gaidy, den er wiederum zu den „Blut-Anatikern“ zählt und von dem er ausdrücklich sagt, auch wenn er „vielleicht“ heilige Güter der Menschheit zu schützen geglaubt habe, so sei seine „Frevelthat“ doch immer zu rechtfertigen. Y. Berlin, 23. August. (Telegramm.) Der Kaiser arbeitet heute nach der Rückkehr von einem längeren Spaziergange von 9 Uhr ab mit dem Reichskanzler Grafen Caprivi, nach dessen dem Vortrag des Reichsministers Grafen v. Schellendorf, zu welchem auch der Herr Reichsgraf Ledermann zugezogen war, entgegen und arbeitet darauf noch mit dem Chef des Ministerrathes v. Dahnke. Zur heutigen Frühstücksstunde um 1 1/2 Uhr war der gefestete Abent aus Petersburg hier eingetroffene Prinz Christian von